

Bernard Rappaz Der Hanfpionier ist wieder im Geschäft.
Von Philippe Reichen

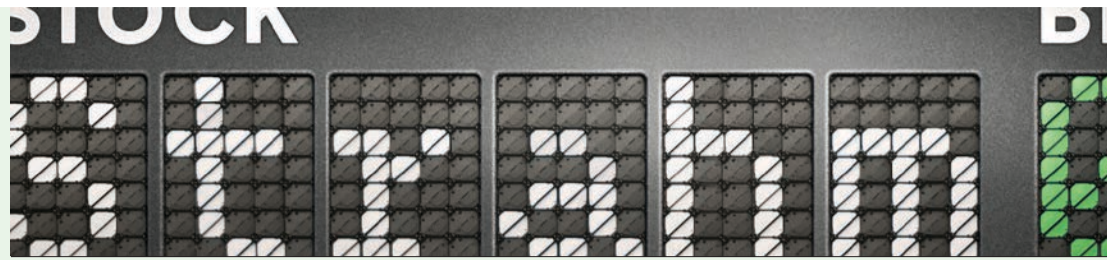
Der Hanf bleibt sein Leben

Bernard Rappaz ist ein begnadeter Verkäufer. Ehrlich begeistert von seinen Produkten, authentisch in seinen Aussagen. Auch jetzt wieder, da der Walliser mit Geschäftspartnern neue Produkte lanciert: Hanfcookies und Hanfglacé. «Holyweed» heisst sein 2017 gegründetes Start-up. Rappaz schwärmt: «Der Geschmack unserer Biscuits ist unverwechselbar und intensiv. Unser Cannabis stammt aus der Schweiz, angebaut von Bio-Bauern, ohne Düngemittel und Pestizide, unter freiem Himmel, auf Äckern in der Waadt und im Jura und kontrolliert von einem unabhängigen Laboratorium.» Sonst stamme der Hanf ja stets aus Indoor-Plantagen, werde unter Wärmelampen kultiviert und aus dem Ausland in die Schweiz importiert, kritisiert Rappaz.

Auf fünf Hektaren Anbaufläche erntete er letztes Jahr drei Tonnen Blüten. Diesen Sommer fährt der Hanfpionier die Ernte aus. Mit einem knallgelben Foodtruck reist er von Festival zu Festival und verkauft seine Biscuits. Gerade weil er mit dem Truck in Genf am Street Food Festival. «Ein Vollerfolg» sei das gewesen. Die Cookies kamen aus der Backstube der renommierten Chocolaterie Rohr. Rappaz lieferte Hanfblüten und ein Rezept, wie man die Blüten zu marokkanischer Hanfbutter weiterverarbeitet. Die Confiserie produzierte die Butter und verarbeitete sie mit ihrer eigenen Schokolade schliesslich zu Cookies.

Hinter Bernard Rappaz liegen schwierige Jahre. Seine Erlebnisse hat er in einer Gefängniszelle in einem Buch festgehalten. Die Biographie «Der Pionier - Die abenteuerliche Geschichte eines Hanfrebellen» erschien 2016 auch auf Deutsch. «Ich habe versucht, den Hanf zu liberalisieren, darum hat man mich zu einem politischen Gefangenen gemacht», sagt er. Die Justiz packte den Bauern, Umweltschützer, Gewerkschafter, Menschenrechtsaktivisten und Globalisierungskritiker hart an. 2008 verurteilte in das Walliser Kantonsgericht wegen Vergehen gegen das Betäubungsmittelgesetz zu einer Haftstrafe von fünf Jahren und acht Monaten. Rappaz hatte Hanf mit einem zu hohen THC-Gehalt angebaut und verkauft. «Er wurde überproportional hart angefasst. In jedem anderen Kanton wäre die Justiz verhältnismässiger mit ihm umgegangen», sagt blickt Peter Bodenmann, einst Präsident der SP Schweiz und Walliser Staatsrat.

Rappaz trat zeitweise in den Hungerstreik. 2012 kam er frei. Heute droht ihm für seine Tätigkeit keine Strafe mehr. Der THC-Gehalt seiner Produkte liegt unter dem vom Staat festgelegten Grenzwert. «Es ist alles ganz legal und gesund», betont Rappaz. Vor der Gründung des Start-ups weilte er in Israel und sah er, wie man von Epilepsie betroffene Kinder mit Hanfprodukten therapiert. «Die Wirkstoffe helfen», ist der Walliser überzeugt. Das medizinische Potenzial sei enorm. Endlich sei



Kolumne Rudolf Strahm

Kein EU-Abkommen ohne Arbeitnehmerschutz

Die Schweiz hat jüngst von keinem Regierungsmitglied eine so leichtsinnige Plauderei erlebt, wie jene von Bundesrat Ignazio Cassis zur «roten Linie». Noch im März verkündete er mit markigen Sprüchen im Namen des Bundesrats, dass die Schweiz die bisherigen flankierenden Lohnschutzmassnahmen als rote Linie gegenüber Brüssel unverrückbar verteidigen werde. Und nun redete der Tessiner Solotänzer diese Verhandlungslinien selber weich, ohne vorher das Regierungskollegium konsultiert zu haben.

Mit seiner Grenzverschiebung verunsicherte er erneut die personenfreizügigkeitskritischen Arbeitnehmer, verärgerte die Gewerbler, verhärtete die Gewerkschaften und nervte seine Bundesratskollegen. Als Neuling in der Aussenpolitik hat er nicht gespürt, dass er gegenüber der knallharten Brüsseler Diplomatie die Position des Bundesrats vorauseilend preisgibt.

Allerdings sind Cassis' flotte Sprüche nur die direkt hörbaren Elemente einer Aufweichstrategie des EDA. Botschafter Roberto Balzaretto hatte schon zuvor hörige Journalisten und Parlamentarier zwecks Aufweichung des bundesrätlichen Verhandlungsmandats einzuseifen versucht. Diplomaten wollen stets den ehrgeizigen, kurzfristigen Erfolg. Um die spätere demokratische Legitimation in der Volksabstimmung kümmern sie sich nicht. Das war schon immer so und wiederholt sich jetzt.

Warum ist die Aufrechterhaltung der flankierenden Massnahmen FLAM zum Arbeitnehmerschutz überhaupt zur roten Linie gemacht worden? Vielen fehlt die Langzeiterinierung.

FLAM waren matchentscheidend

1992 lehnte das Schweizer Volk den Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum EWR mit 50,3 Prozent Nein-Stimmen. Doch bloss acht Jahre später befürwortete das Volk mit 67 Prozent Ja-Stimmenanteil die Bilateralen Abkommen I mit der EU und 2004 nochmals die Bilateralen II mit 55 Prozent Ja-Stimmen.

Was ist in den acht Jahren zwischen 1992 und 2000 geschehen? Massgebend war nicht etwa ein Meinungsumschwung zugunsten der EU, sondern die innenpolitische Zusicherung von flankierenden Massnahmen FLAM zum Schutz der Löhne und Arbeitsbedingungen.

Diese FLAM sind heute gängige Praxis. 2004 wurden sie mit einer Meldefrist ausländischer Firmen für Arbeiten in der Schweiz (Entsendearbeit) verstärkt. Mit den FLAM werden in Baustellen, Werkhöfen, Spitälern, Heimen und Handelsfirmen Lohnkontrollen durch Inspektoren durchgeführt. Letztes Jahr sind 170 000 ausländische Arbeitnehmer in total 44 000 Betrieben kontrolliert worden. Es gilt das Prinzip: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort.

Diese Kontrollen dienen nicht nur dem Schutz hiesiger Arbeitnehmer vor Lohndumping, sondern auch dem Gewerbe, das durch ausländische Entsendefirmen mit osteuropäischen Tieflohnarbeitern in Bedrängnis gerät. Kein Land kennt so hohe Lohndifferenzen zum Ausland wie die Schweiz, und kein Land hat pro Kopf so viele Entsendearbeiter. Die Arbeitsmarktüberwachung bringt «Ordnung im Stall», wie sich Bundesrat Schneider-Ammann ausdrückte.

Die ungeliebte Personenfreizügigkeit ist nur dank einer starken sozialen Abstützung und der Massnahmen gegen Lohndumping mehrheitsfähig. Darum hat der Bundesrat in seinen Verhandlungsmandaten für die Unterhändler die FLAM zur roten Linie erklärt.

Nochmals ein Rückblick auf die Zeit zwischen 1992 und 2000. Im Vorfeld der Verhandlungen zu den Bilateralen bekannten sich Bürgerliche (ohne die SVP), die Arbeitgeber und die Linke für die Lohnkontrollen. Freilich gab es in der SP-Fraktion der Bundesversammlung divergierende Präferenzen. Verbal bekannten sich zwar alle für den Lohnschutz - wie heute. Aber die EU-Turbos wollten unter allen Umständen den bilateralen Verträgen die Priorität geben. Auch heute gibt es

solche. Erst nach intensiven Diskussionen entschied die SP-Fraktion 1998 mit Zweidrittelmehrheit, dass sie die Bilateralen nur unter der Bedingung der FLAM unterstützen würde. Dieser Entscheid für einen unabdingbaren Arbeitnehmerschutz war matchentscheidend für die Durchsetzung der heutigen Schutzmassnahmen.

Zeitdruck ist kontraproduktiv

Jetzt ist das Powerplay wieder voll im Gang. Von Brüssel und von unsern Diplomaten wird künstlicher Druck aufgebaut. Man spricht von einem «günstigen Zeitfenster», das nur in der zweiten Hälfte 2018 während der EU-Präsidentschaft Österreichs offen sei. Letzte Woche allerdings wusste die österreichische diplomatische Mission in Brüssel nichts von diesem Plan.

Vom Swiss Desk im Kabinett von EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker wird Druck gemacht, bis September 2018 müssten die wichtigsten Grundsätze des institutionellen Rahmenabkommens vereinbart sein. Juncker hat diese Verhandlungen mit der Schweiz zu seiner Chefsache gemacht. Es gibt eine versteckte Agenda, wie ich letzte Woche persönlich in Brüssel vielstimmig erfahren konnte: Die EU will im Hinblick auf die heissen Verhandlungen mit Grossbritannien über den Brexit demonstrativ ein Exempel an der Schweiz statuieren und ihre Doktrin der Personenfreizügigkeit als Benchmark sichtbar durchsetzen.

Dieses Korsett Brüssels ist ein EU-internes Problem. Aber die EU-Zentrale wird keinen Aufwand scheuen, weitere Kraftmeistereien und Sanktionsdrohungen gegen die Schweiz auch mit Hilfe schweizerischer Brüssel-Korrespondenten medienwirksam aufzufahren.

Ich denke, die Schweiz könnte und sollte gerechtfertigte EU-Forderungen erfüllen, etwa mit den 1,3 Milliarden Franken Kohäsionsgeldern für die Entwicklung Osteuropas. Oder mit der zukünftigen Ausrichtung von Arbeitslosengeldern an jene ausländischen Grenzgänger, die ihre Stelle in der Schweiz verlieren und zuvor mindestens drei Jahre hier gearbeitet hatten.

Dagegen wird sich eine Aufweichung der FLAM als Killer eines Abkommens erweisen. Auch die explizite Festschreibung des beschlossenen schweizerischen Inländervorrangs für Stellensuchende ist unerlässlich, nachdem dieser immer wieder in Frage gestellt wird.

Eine allfällige Modifizierung und Anpassung der FLAM an die erneuerte Entsenderichtlinie der EU muss hierzulande mit den Sozialpartnern ausgehandelt und juristisch sorgfältig ausformuliert werden. Dazu ist das zuständige Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF in so kurzer Zeit bis im Herbst schlicht nicht in der Lage. Schon bisher hat es wegen mangelnder Leadership weder eine effiziente Fachkräfteinitiative noch eine tragfähige Strategie für ältere Arbeitnehmer über 55 zustande gebracht.

Nach meiner Einschätzung gibt es derzeit nur diese Alternative: Entweder gelingt eine Einigung ohne Zeitdruck mit den Arbeitnehmerverbänden über das vollumfängliche Schutzniveau bei Löhnen und Arbeitsverhältnissen. Oder das Projekt institutioneller Rahmenvertrag wird vorerst scheitern.

«Jetzt ist das EU Powerplay wieder voll im Gang.»



Rudolf Strahm

Der ehemalige Preisüberwacher und SP-Nationalrat wechselt sich mit Politgeograf Michael Hermann und mit Autorin und Schauspielerinnen Laura de Weck ab.

Italien Nun fallen auch die Hochburgen der Linken in der Toscana. Von Oliver Meiler

Siena bella ciao!

Es gab einmal eine Zeit, da vermählte sich in den anmutigen Hügeln der Toscana alles aufs Wunderbarste, wenigstens für die europäische Linke: Wein, Wildschwein, Weltanschauung. Die Toscana war traditionell rot, kommunistisch und dann postkommunistisch, eine Burg der „rossi“. Nicht dass die ideologische Ausrichtung der Lokalpolitik darüber entscheiden würde, ob man sich an einem Ort wohl fühlt: Wenn die Küche stimmt, neigt man im Urlaub auch schon mal zu schnellen Kompromissen. Passt aber gar alles zusammen, ist es noch schöner.

Ab den 1990er Jahren fuhren plötzlich so viele Sozialdemokraten, Grüne und Alt-Achtundsechziger aus dem Norden des Kontinents nach Mittelitalien, dass der Begriff der «Toskana-Fraktion» aufkam. Gemeint war damit die hedonistische und auch etwas südsehnüchtige Linke, die wohl besonders gut über die Probleme des Proletariats nachdenken konnte, wenn sie dazu Brunello di Montalcino trank.

Toscanische Geniesserfraktion

Ist ja auch nicht falsch. Otto Schily und Joschka Fischer besitzen je ein Haus bei Siena, Oskar Lafontaine zieht es nach Buonconvento. Auch Gerhard Schröder und Jürgen Trittin gehörten mal zur toskanischen Geniesserfraktion, sowie Lionel Jospin, der frühere Premier Frankreichs. Tony und Cherry Blair erholten sich gern in einer Renaissancevilla bei San Gimignano, zu Gast bei einem Prinzen mit dem tollen Namen Girolamo Guicciardini Strozzi.

Die guten Zeit sind vorbei, für die europäische Sozialdemokratie genauso wie für ihr bevorzugtes Ferienziel, die «Toscana rossa», die rote Toscana. Am Sonntag, im zweiten Durchgang der partiellen Gemeindevahlen, sind nun auch Siena, Pisa und Massa an die Rechte gefallen, krachend und historisch. In Siena waren es zwar nur einige hundert Stimmen, die über den Sieg entschieden, aber das macht das Resultat nicht weniger sensationell. Livorno, Pistoia, Grosseto und Arezzo sind schon länger nicht mehr rot. Und niemand mag darauf wetten, dass Florenz dem scharfen Wind, der gerade über Italien zieht und alles mitreisst, nächstes Mal standhält.

Gewonnen haben erneut die Schwarzmalter und Angstmacher, vor allem die rechtsnationalistische Lega von Matteo Salvini. Siena ist eine seiner bisher wertvollsten und symbolhaftesten Trophäen, wahrscheinlich hat er selbst nicht damit gerechnet.

Der tiefe Fall der Linken

Natürlich bezahlt die Linke für die jüngsten Skandale bei der grossen, alten Bank Monte dei Paschi di Siena. Mit ihrem prächtigen Palast, dem gotischen Palazzo Salimbeni, war sie einmal alles gewesen in der Stadt: Stolz und reiche Mäzenin der Senesi. In der Krise musste die Bank aber gerettet werden. Sie wurde zur Schimpfbude, zu einem barocken Sinnbild dessen, was in Italien schiefläuft. Und da die Politik immer mitmischte beim «Monte», geriet auch sie in Verruf. Was für ein tiefer Fall. Die toskanische Linke war früher auch deshalb so erfolgreich, weil sie ihre Städte gut regierte: pragmatisch, effizient, fortschrittlich. Jetzt reicht das nicht mehr aus. Es gewinnen die Hetzer, die lauten Notstandsbeschwörer.

Siena wählt nun also die rüpelhafte Rechte Salvinis, es klingt unerhörte. Und vielleicht schmeckt jetzt auch das Pollo alla Vernaccia, das Huhn am lokalen Weisswein, weniger bekömmlich. Wobei es wohl auch in Zukunft mit Knoblauch, Rosmarin und Olivenöl geschmort wird. Unvergänglich, für alle.